



Bild von [mark jennings-bates](#) auf [Pixabay](#)

Der Ukrainekrieg und die Kehrtwende der deutschen Flüchtlingspolitik

von Frank Bernhardt

„The world will change now!“ meldete Reuters einen Tag nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine. Und vom ersten Tage an sah sich die ganze „freie Welt“ mit angegriffen und ergriff Partei; Massendemonstrationen, auch nach Gewerkschaftsaufrufen, liefen unter dem Motto: „#StandWithUkraine“ – eine Linie, die mittlerweile verpflichtenden Charakter hat, von den Medien bis in den Schulunterricht.

Zu diesem Change sollen im Folgenden einige Überlegungen beigesteuert werden. Zum einen im Blick darauf, was dieser militärische Konflikt an der globalen Sicherheitslage geändert oder bestätigt hat; zum andern mit Ausführungen zur neuen Flüchtlingspolitik in Deutschland, hier vor allem gestützt auf die Expertise von Freerk Huisken, der sich seit langen Jahren mit dem Thema beschäftigt.

I. Nationale Integrität oder westliche Vormacht?

Am Fall Ukraine wird bekanntlich seit mehr als einem Jahrzehnt die Frage gewälzt, wohin das Land gehört: zu „uns“, die wir darüber befinden, wer in Freiheit = Demokratie = auf der Seite

[GEWerkschaftsMAGAZIN](#) – 13.7.2022 – S. 1

Der Ukrainekrieg und die Kehrtwende der deutschen Flüchtlingspolitik

der Guten lebt, oder zur anderen Seite, also zur Unfreiheit = Diktatur = dem Bösen? Entsprechend kommt die gängige moralische Klaviatur zum Einsatz. Natürlich hat dieses „uns“, das als ein ideeller Zusammenschluss von Volk und Führung auftritt, bei den die Mächtigen immer die Drohung im Gepäck, dass es das Böse mit der freiheitlichen Gewalt dieser ökonomisch potenten und damit politisch mächtigen Staaten mit ihrer Leader-Nation USA zu tun bekommt; also der Staaten, die sich, schönfärberisch ausgedrückt, die Verantwortung für den gesamten Globus aufgetragen haben. Richtiger gesagt, in deren außenpolitischer Agenda die Beaufsichtigung dieser Weltordnung nach ihren Wertepinzipien eingraviert ist.

Im zwischenstaatlichen Verkehr gilt angeblich als oberstes Prinzip die „territoriale Integrität“, darin eingeschlossen die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen und der 2. Pfeiler das „Selbstbestimmungsrecht“ der Völker. Dass sich völkische Einheiten selbst bestimmen, heißt natürlich auch, dass die Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen immer mal wieder in Frage gestellt wird. Die Ukraine pocht im gegenwärtigen Krieg nach der Auflösung der SU (bei der sich z.B. als erstes die Halbinsel Krim für selbstständig erklärte) auf ihre Staatsgrenzen, der recht große Teil der russischen Ethnie dagegen beansprucht im Osten, die Staatlichkeit für sich selber zu bestimmen. Und 2014, beim gewaltsamen Putsch gegen den gewählten ukrainischen Präsidenten, wussten die Zentralen in EU und USA sehr genau, was das ukrainische Volk will.

Nach Deutschland, dem die USA sehr schnell nach Ende des 2. Weltkrieges die Rolle des Frontstaates gegen die feindliche Sowjetunion zugeschrieben hatte, ist diese Rolle nun der Ukraine übertragen worden, und zwar gegen den wieder zum Feind erklärten „russischen Bären“. Die Taten der NATO, des größten Kriegsbündnisses aller Zeiten, das als Schutzpatron für die osteuropäischen Länder nach ihrer Abkehr vom „Realen Sozialismus“ bei ihrem Drang zur Marktwirtschaft auftrat, heißen dann ideologisch verbrämt „Partnership for Peace“. Das Bündnis ist dabei seit seiner Gründung fast durchgängig im Kriegseinsatz, meistens in Umgehung des viel gepriesenen Völkerrechts, speziell die Führungsmacht USA, die im Alleingang oder mit einer „Koalition der Willigen“ auftritt.

„Selenskyj schwört Ukrainer auf längeren Krieg ein.“

Solche Meldungen (hier nach rp-online.de, 19.5.) entlarven den ukrainischen Präsidenten nicht als Kriegstreiber. Er wird vielmehr in den westlichen Mainstream-Medien als der „Held, der Freiheit“, „Ukrainian Hero Who Defied Putin and United the World“ oder als „der Unbeugsame“ gefeiert. „Selenskyj, Ukraine in Blood“ (weltwoche.ch, 25.5.) heißt



Bild von [Wilfried Pohnke](https://www.pixabay.com/) auf [Pixabay](https://www.pixabay.com/)

es, Letzteres ein bitterer Verweis auf den Blutzoll, den nicht er, vielmehr „sein“ Volk mit „Zehntausende[n] ukrainischer Leben“ (jungewelt.de, 21.5) zu zahlen haben wird - so seine Aussage vor Studenten in Kiew.

Im Mai hat Selenskij „das Kriegerrecht“ (sueddeutsche.de, 19.5.) und damit die „allgemeine Mobilmachung“ bis in den August hinein verlängert. Ganz im Sinne des Sozialdemokraten Klingbeil wird mit der *Contradictio in adjecto* „Friedenspolitik bedeutet ... auch militärische Gewalt“ das Mittel der Politik (nordkurier.de, 22.6.) eingesetzt. Und so viel stimmt ja daran, dass Frieden und Krieg keine absoluten Gegensätze sind, denn im Frieden wird das Waffenpotenzial produziert – 2021 für knapp 2 Billionen Euro weltweit, davon in der NATO ca. 1,3 Billionen Euro laut SIPRI-Institut, wobei laut Greenpeace die Zahlen auf ein vielfach höheres Kontingent im Vergleich zu Russland (presseportal.greenpeace.de, 23.3.) verweisen. Wenn sich dann die Widersprüche in der Staatenwelt so zuspitzen, dass sich die staatlichen Kontrahenten in ihren Aufrüstungsbemühungen bestätigt sehen, setzen sie eben auf das „letzte Mittel“.

Selenskij repräsentiert „sein“ Volk in einem für den Westen geführten Stellvertreterkrieg gegen Russland – und das bis zum letzten Blutstropfen! Bedauerlicherweise ist das Blutvergießen mal wieder nicht am Ungehorsam eben jener, die dafür gerade stehen müssen, gescheitert. Selenskij's Begründung für die Fortsetzung des Krieges kommt euphemistisch daher, „um in Ruhe zu agieren.“ Soll heißen, das Sterben geht weiter, im Kampf gegen Putin, der ein angeblich friedliches, demokratisches Land angegriffen hat. Dabei führt dieses korrupteste und ärmste Land in Europa (Moody's schätzt - laut Telepolis vom 29.5. - den Finanzierungsbedarf durch den Westen für das laufende Jahr auf 22 Milliarden Dollar, die Staatsverschuldung soll bei etwa 130 Milliarden liegen) seit acht Jahren einen Krieg gegen die eigene Bevölkerung. Unterstützt - wie üblich - durch massive Aufrüstung und Militärberater der USA. In den nach Autonomie strebenden Ostprovinzen beklagen die russisch-stämmigen Menschen seitdem über 10.000 Tote. So etwas wie die freie Meinungsäußerung gibt es in der Ukraine nicht mehr, russische Medien und prorussische Äußerungen sind strafbar; Terror (staatlicher und privater) gegen alles, was russisch klingt, ist trauriger Alltag. Und das obwohl in der Ostukraine „2003 bis zu 90 Prozent der Bevölkerung Russisch als ihre Umgangssprache“, in der mittleren Ukraine „knapp 60 Prozent“ laut G. [Auernheimer \(hintergrund.de](http://Auernheimer(hintergrund.de)), 4.5.) angegeben haben.

Anfang 2021 wurde die neue Kriegsdoktrin der Armeeführung präsentiert (vgl. <https://de.gegenstandpunkt.com/artikel/ukraine-szenerie-eines-drohenden-kriegsausbruchs-produziert>).

Trainiert wurden seitdem die Soldaten – gerade auch unter Mithilfe von vielen westlichen Militärberatern (z. B. US-Kriegsveteranen aus dem Afghanistankrieg) - für den Kampf in den ukrainischen Städten, um im eingetretenen Ernstfall die Krim und die abtrünnigen Provinzen zurückzuerobern. „Der Krieg kann Jahre dauern“ (zdf.de, 6.4.), so der NATO Generalsekretär, was daraufhin hindeutet, dass Russland in einen jahrelangen Abnutzungskrieg möglichst hohe

Verluste an Mensch und Material beigebracht werden sollen – also eine Schädigung, von der es sich nicht mehr erholen kann.

Die unterschiedlichen Ziele des westlichen Bündnisses

Mit der neuen Strategie, dem „strategischen Kompass“ Deutschlands nach der „Zeitenwende“, präsentiert die Außenministerin selbstbewusst einen Militarismus, der nach dem gelungenen Aufstieg zur Weltwirtschaftsmacht nun auch mit Milliarden-Beträgen auf der Weltbühne eine hochgerüstete Nation platzieren soll – mit dem drittgrößten Militärhaushalt weltweit –, die zukünftig auch der Atommacht Russland Paroli bieten können soll. Bis dato sehen die Kriegsziele des Westens so aus:



Bild von Wilfried Pohnke auf Pixabay

- **USA:** Nach Bidens Ankündigung in Polen, dass Putin „nicht an der Macht bleiben (kann)“ ([tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de), 27.4.), gibt sein US-Außenminister die militärische Devise aus: „Wir wollen, dass Russland so weit geschwächt wird, dass es zu etwas wie dem Einmarsch in die Ukraine nicht mehr in der Lage ist.“ Die CSCE, die Kommission für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, fordert inzwischen ganz offen, "Russia's fundamental imperialism" zu dekolonialisieren, d. h. den Vielvölkerstaat, der seit der Aufgabe seiner dem Westen entgegenstehenden Wirtschaftsweise schon verkleinert worden ist, ähnlich wie Jugoslawien zu zersplittern. "Der Westen muss das 1991 begonnene Projekt [schon Jahre davor R. Reagens Totrüstungen der SU] zu Ende führen. Er muss versuchen, Russland vollständig zu entkolonialisieren", so C. Michel auf theatlantic.com (zitiert nach [br.de](https://www.br.de), 30.5.)
- **Großbritannien:** Außenministerin Truss gibt als Ziel vor, „Russland aus der gesamten Ukraine zu verdrängen“ ([berliner-zeitung.de](https://www.berliner-zeitung.de), 28.4.). Für sie ist ein ukrainischer Sieg der „strategische Imperativ des Westens“ ([abendblatt.de](https://www.abendblatt.de), 28.4.).
- **EU:** „Dieser Krieg wird auf dem Schlachtfeld entschieden“ (Borrell, EU-Außenbeauftragter), und der (inzwischen etwas in Verruf, in seinem Sprech in Verschiss geratene) ukrainische Botschafter in Deutschland, Melnyk, propagiert im Sinne der Supermacht USA die „militärische Zerschlagung des verbrecherischen Russlands“ ([junge-welt.de](https://www.junge-welt.de), 11.4.).

- **Deutschland:** Zu Beginn des Krieges hieß es, man sei einem nach Demokratie und Marktwirtschaft strebendem Land bei seiner Selbstbehauptung gegen den Aggressor zur Hilfe verpflichtet. Putin habe die Ukraine grundlos aus dem nichts - etwa aus einer üblen Laune heraus – überfallen; er wolle das alte Sowjetreich wiederherstellen, also müssten „wir“ uns helfend einmischen. In Presse und sämtlichen Fernsehkanälen („Feindsender“ wie RT wurden ja verboten) wird die Parteinahme zum Gebot erhoben, Bilder von hingemetzelten Soldaten, geschändeten Frauen, unschuldigen massakrierten Zivilisten werden dargeboten, um Mitleid zu erzeugen. Natürlich sollen solche Gräueltaten fast ausschließlich von russischen Soldaten begangen werden, die der Ukrainer kommen nicht vor.



Bild von [Wilfried Pohnke](#) auf [Pixabay](#)

Die Rede vom „sauberen“ Krieg ist ein zynisches, weltfremdes Ideal, auch wenn im Völkerrecht dafür Regularien vorgesehen sind. Im Krieg sind auf beiden Seiten die Menschen Material und Mittel ihrer politischen Herrschaft, die selbige repräsentieren und damit für die jeweilige Gegenseite die Substanz der Feindschaft bilden. Der Zweck besteht darin, die Menschen, insbesondere die in Uniform, als lebendige Substanz, als Machtbasis des jeweiligen Staates, zu eliminieren, um dem Feind damit seine Machtgrundlage zu entziehen.

Mittlerweile - nach verschiedenen Eskalationsstufen, beginnend mit der Lieferung von Stahlhelmen – ist Deutschland bereit, über leichtes Gerät hinaus auch schwerere Waffen (Haubitzen) zu liefern. Kanzler Scholz fordert nun: „Putin darf nicht siegen“ ([ndr.de](#), 25.5.); es gelte, Putin klarzumachen, „dass es keinen Diktatfrieden geben wird.“ Seine Befürchtungen über einen drohenden „Atomkrieg“ ([spiegel.de](#), 22.4.) ordnet Scholz jetzt etwas anders ein.

Es findet ein Test statt, wie weit die Eskalation mit Putin getrieben werden kann, wann der „Autokrat“, der den Westen schon als Kriegspartei einordnet, wie reagiert. Das ist ein Spiel mit dem Feuer, das nach Drittem Weltkrieg riecht. „Für Putin ist der Westen schon Kriegspartei“, so die Russland-Expertin Klein, denn „in der Rhetorik (ist) diese Eskalationsstufe schon da“ ([standard.at](https://www.standard.at), 3.5.).

Deutschland und die USA weisen wiederholt eine aktive Kriegsteilnahme von sich, sie führen bislang keinen Krieg gegen Russland, dafür setzen sie auf einen mit immer neuen Sanktionen gespickten Wirtschaftskrieg, der katastrophale Schäden in Russland bringen soll. Allerdings muss Deutschlands Wirtschaft auch einen beachtlichen Preis zahlen. "Bei einem sofortigen Lieferstopp von Gas wären „rund 5,6 Millionen Arbeitsplätze“ (rnd.de, 28.6.), so der Chefvolkswirt des Schweizerischen „Analysehauses Prognos“ betroffen." So manch ein Politiker wittert schon soziale Verwerfungen...

II. Flüchtlinge als Kollateralschaden



Bild von [katermikesch](#) auf [Pixabay](#)

Die Ukraine lässt der Westen mit seinen Waffen den Krieg führen, das Menschenmaterial wird zu Lasten der Ukraine geopfert. Und parallel zum Krieg in der Ukraine fallen, das ist aus bisherigen Kriegen bekannt, ungeheure Massen von Flüchtlingen an. „Auf acht bis zehn Millionen“ ([tagesspiegel.de](https://www.tagesspiegel.de), 24.3.) wird die Flüchtlingszahl in der Ukraine wachsen, so die Prognose der Außenministerin Baerbock im März. Frankreichs Macron, der sich früher immer nur für eine „begrenzte Anzahl“ von Flüchtlingen ausgesprochen hatte, will nun sogar 100.000 aufnehmen. Über „700.000“ ([welt.de](https://www.welt.de), 14.5.) sind zum Frühjahr bereits in Deutschland erfasst, genaue Zahlen sind wegen Weiter- und Rückreise nicht bekannt. Auch wegen der Freizügigkeit, die es bislang für Kriegsflüchtlinge aus aller Herren Länder nie gegeben hat. Da gab es Beschäftigungsverbote, Gutscheine statt Geld, etc. – alles diente eben der Abschreckung.

Das ist jetzt anders. Um den zentralen Punkt vorweg zu nehmen: In der neuen deutschen Flüchtlingspolitik zeigt sich deutlich der Flüchtlingsrassismus, in der Scheidung von wertvollen und minderwertige Menschen.

Die Wende der deutschen Flüchtlingspolitik

Kaum zu glauben, aber wahr: Deutschland hat den Milliarden-schweren Waffenlieferungen und dem noch teureren Aufrüstungsprogramm Weiteres hinzugefügt. Eine Willkommenskul-

tur, wie schon 2015 von Personen aus der Zivilgesellschaft initiiert, später von Kanzlerin Merkel („Wir schaffen das!“) aufgegriffen, wird wieder aufgelegt. Dazu sollen nachfolgend zentrale Aussagen aus einem Interview mit dem emeritierten Hochschullehrer Freerk Huisken zur neuen deutschen Flüchtlingspolitik auf dem Podcast „99 zu eins“ resümiert werden (nachzuhören auf YouTube unter <https://www.youtube.com/watch?v=nApSOAHIIrU>).

Huisken, der an der Universität Bremen zur politischen Ökonomie des Ausbildungssektors geforscht hat, ist beim GEW-Magazin „Auswege“ lange Jahre als Autor tätig gewesen. Seine „Gegenreden“ sind auch dort noch greifbar: <https://www.magazin-auswege.de/tag/gegenrede/>. Zum Thema Flüchtlingspolitik hat Huisken – neben zahlreichen Aufsätzen – zwei Bücher vorgelegt: 2016 erschien die Flugschrift „Abgehauen - eingelagert aufgefischt durchsortiert abgewehrt eingebaut – Neue deutsche Flüchtlingspolitik“; 2020 folgte die zweite Flugschrift „Flüchtlingsgespräche 2015ff.“, die sich als Hilfe zur Argumentation gegen Ausländerfeindlichkeit versteht und die auf Gespräche, etwa bei Huiskens Vorträgen (argudiss.de), auf Wortwechsel und Korrespondenz (vgl. fhuiskende.de) zurückgeht.

Aus dem Interview mit Freerk Huisken

Moderator: *Der neue Umgang mit den Flüchtlingen aus der Ukraine – was passiert hier und inwiefern hat sich tatsächlich etwas verändert?*

Huisken: Selbst der „bürgerlichen“ Presse ist aufgefallen, dass im „Umgang mit Flüchtlingen“ doch „erhebliche“ Veränderungen vorgenommen worden sind. Zur Erinnerung: Noch Ende letzten Jahres hat Polen seine „Grenze zu Belarus brutal gegen einige tausend Flüchtlinge abgedichtet“. Und dabei auch „Tote in Kauf genommen“. Für die freie Presse werden die „hässlichen Folgen“ der „Festung Europa“ mit dem „Massensterben im Mittelmeer“, den „Lagerbränden in Griechenland“ und der „Konzentration“ von „aufgefischten“ Flüchtlingen in Lagern in Libyen etc. mit einem „gewissen moralischen Bedauern zur Kenntnis“ genommen. Erst vor ein paar Tagen werden beim „Massaker von Melilla“ 37 afrikanische Flüchtlinge durch marokkanische Sicherheitskräfte getötet, was der spanische Außenminister, wohl auch wegen des Kurswechsels in der Westsahara-Frage gelobt haben soll, so die KP Spaniens (redglobe.de, 27.6.).



Freerk Huisken:
Abgehauen
VSA-Verlag, 2/2016,
Tb, 120 S., 9,80 €
ISBN: 978-3899656923

Und dann die „180-Grad-Wende“: Gerechnet wird mit „Millionen Flüchtlingen“; enorme Menschenmassen, die vor dem Krieg flüchten, werden jetzt in den Anrainerstaaten Polen, Rumänien usw. aufgenommen. Staaten, die wie besonders Polen, ihre Grenzen fast lupenrein abgedichtet hatten und die wie Ungarn jeden Flüchtling abgewiesen hatten. Die NATO spricht neuerdings bei diesen nicht enden wollenden Flüchtlingsbewegungen von

„hybriden Bedrohungen“ (swp-berlin.org, 23.6.), von „aggressiven Ansätzen, die sich gegen die öffentliche Ordnung eines anderen Staates richten.“ Mit Frontex sichert die europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache seit fast 2 Jahrzehnten u. a. mit „Pushbacks“, die in Griechenland jetzt „Turning Back“ (heise.de 4.7.) heißen, die Außengrenzen. Dass der Umgang mit nicht-ukrainischen Flüchtlingen sich weiter zuspitzen wird, ist damit absehbar.

„Herrschende Ausländerfeinde“

Eine große Hilfewelle zeichnet jetzt ganz Europa aus, Bürger bieten Hilfe an, die weit über die Willkommenskultur von 2015 in Deutschland hinausgeht. Und das wird von der Politik, den „herrschenden Ausländerfeinden“, total befördert. „Moralische Heuchelei“ bei allen Politikern, um „sich und die Bürger zu Hilfeleistungen zu verpflichten“.

Um die europäische „Glaubwürdigkeit“ (sueddeutsche.de, 20.3.22) sorgen sich die Schreiber. Die rein logische Konsequenz wäre ja hier die Öffnung der Außengrenzen Europas für alle Flüchtlinge, die sich in den „Lagern stauen.“ Bzw. umgekehrt, um die Glaubwürdigkeit zu erhalten, müsste man die Grenzen zur Ukraine wie überall abschotten. Zwei diametral sich gegenüberstehende „Umgangsweisen, die einen werden jetzt mit offenen Armen aufgenommen, die anderen Kriegsflüchtlinge aus Syrien, Afghanistan usw. haben hier nichts zu suchen“. Da gerade in Kriegszeiten kein Widerspruch gegen diese gegensätzlichen staatlichen Umgangsweisen aufkommen soll, müssen „die verlogenen Begründungen“ der Politik „glaubwürdig“ für die Bevölkerung „überkommen.“ In diesen Zeiten bedarf es der völligen Übereinstimmung von „Volk und nationaler Führung.“ Alles andere stört in der Parteilichkeit für den Krieg und damit beim Fortgang des Sterbens.



Freerk Huisken:
Flüchtlingsgespräche
2015ff.
VSA-Verlag, 10/2020
Tb, 144 S., 12 €
ISBN: 978-3964880789

Moderator: *Man könnte sagen, der Umgang ... war früher mit den Flüchtlingen aus Afghanistan, Afrika, Asien insgesamt anders und hatte nicht den Zweck, Flüchtlingen zu helfen. Jetzt hat sich doch konkret etwas geändert, den Flüchtlingen aus der Ukraine wird tatsächlich geholfen. Ein Zustand, der doch wünschens- und begrüßenswert ist, oder?*

Willkommenskultur mit eindeutig politischen Ambitionen

Huisken: Diese neue „politisch initiierte Willkommenskultur“ ist überhaupt nicht „selbstlos.“ Ihr Zweck ist ja nicht die „Bewältigung“ des Elends der Flüchtlinge, in das sie durch den Krieg gebracht wurden. Wenn die Politik eingesehen hätte, dass die Jahrzehnte ihrer Abschottungspolitik falsch waren und jetzt bei den Ukrainern die Kehrtwende vollzogen

würde, dann wäre doch gleich die Frage fällig, wieso denn nur die Ukrainer? Warum nicht die „Elendsgestalten“ aus den Lagern Griechenlands, aus Kenia usw.? Der erste Schluss, den es zu ziehen gilt: Es ist augenscheinlich, „dass Flüchtlinge, nicht gleich Flüchtlinge sind.“ Genügend Menschen aus anderen Kriegs- und Krisengebieten, die hier Schutz suchen wollten, haben doch hier angeklopft und sind abgewiesen worden. Und sie sind weiterhin keine „Mangelware“. Nach 2015 ist doch die Politik sehr schnell von ihrer „Willkommenskultur“ wieder abgerückt und zur knallharten Ausländer- und Asylpolitik zurückgekehrt; immer wieder wird berichtet, dass besonders schutzbedürftige behinderte Menschen oder Asylsuchende mit psychischer Erkrankung in Nacht- und Nebelaktionen, mit Fußfesseln etc. abgeschoben werden (siehe fluechtlingsrat-berlin.de).



Flüchtlingslager auf Lesbos, Griechenland

Bild von [Mustafa Abusalah](#) auf [Pixabay](#)

Nun wird den Flüchtlingen aus der Ukraine tatsächlich - ohne Antragstellung, ohne Feststellung der Personalien etc. – einfach unbürokratisch geholfen. Allerdings ist der Grund nicht in der Notlage der Ukrainer angesiedelt. Was „Moral und öffentliches Mitleid vielmehr antreibt“, ist das spezielle „Kriegselend, das Putin angerichtet hat.“ Wenn ein Feind des Westens, verschrien als der „neue Hitler“, also einen zum Frontstaat gegen Russland ausgestatteten Staat angreift, ist das ganze Gefüge der westlichen Weltordnung in Unordnung geraten, und was Waffen und Flüchtlinge betrifft, sind keine Grenzen gesetzt! Die ukrainischen Flüchtlinge sind dann die „Opfer des bösen Feindes“, der um jeden Preis „ruiniert“ gehört, womit auch sein Volk in Haftung genommen wird. erinnert sei hier an die Rolle der „Dissidenten“ - wörtlich jemand, „der mit seiner Herrschaft nicht übereinstimmt“. Diese kamen aus der mittlerweile eingemeindeten DDR“ oder aus der „SU, und galten als die „Kronzeugen“ für die „Unrechtsregimes“, die man anprangerte und damit das Feindbild beförderte.

Mütter mit Kindern fliehen in die Länder, die den Krieg weiterhin befeuern!

Huisken: Die „blutige und brutale Ironie“ der Geschichte: Jeder, der sich der Gefahr ausgesetzt sieht, sein Leben zu verlieren, sieht zu, dass er wegkommt von Zerstörung und Gewalt. Ohne die vom Westen und der NATO schon Jahre vor dem Einmarsch der russischen Armee gesponserten Waffen wäre der „Krieg gar nicht zustande gekommen.“ Jeder Flüchtling gilt jetzt als „Kronzeuge für die Unmenschlichkeit“ Putins. Dazu kommt, dass mit je-

dem weiteren Flüchtling die vielen „Fehlurteile“ über den Krieg und den allein verantwortlichen Diktator verfestigt werden. Damit zwingt uns das „Elend der Flüchtlinge“, dem Ruf Selenskijs nach „Waffen, Waffen, Waffen“ in noch größerem Maße nachzukommen, um den „Aggressor“ zu vertreiben und unschädlich zu machen. Letzteres ist der Zweck dieser immensen Aufrüstungsbemühungen, die Flüchtlinge als den Zweck auszustaffieren, ist unwahr. Diese Flüchtlingspolitik ist vielmehr „Teil deutscher Kriegspolitik!“, sie ist Teil des Krieges gegen den alten russischen Feind, der 1990/1991 seine Wirtschaft für gescheitert angesehen hat und sich trotz seiner Übernahme der marktwirtschaftlichen Ordnung die Feindschaft des Westens eingehandelt hat, weil er aufgrund seiner Atomwaffen meint, auch Ansprüche auf Einflussnahme an seine unmittelbaren Nachbarn und in der Weltpolitik (Syrien, Mali, etc.) geltend zu machen. Das dulden die früher einmal als Weltpolitiker gescholtene USA nicht.

Moderator: Wirkt sich diese Flüchtlingspolitik auf alle Flüchtlinge aus?

Huisken: Ja, Deutschland und alle Anrainerstaaten der Ukraine haben tatsächlich alle „Regeln und gesetzlichen Vorschriften“, mit denen sie den sonstigen Flüchtlingen in abweisender Absicht begegnen („Schikanen, Arbeitsverbot, Residenzpflicht, Drittstaatenregelung“), durch den Krieg „außer Kraft“ gesetzt. Jetzt gilt der „Pass“ des ukrainischen Flüchtlings praktisch als „Touristenvisum.“ Die „Massenrichtlinie“, die man geschaffen hat, um die Flüchtenden in den Neunzigern aus Jugoslawien abzuwehren, die nie zu Anwendung gekommen ist, wird jetzt für die Ukrainer aktiviert. Manch einer sieht durch diese Flüchtlingspolitik, den „Frieden im Land“ gefährdet; wer so denkt, will nichts davon wissen, dass „die politische Führung in Deutschland Krieg führt“ – zwar noch „from behind“ – und dass es mit dem „Frieden“ auch schnell vorbei sein kann. Das ist keine „Spekulation“, sondern ein „Schluss aus dem Kriegszweck.“



Bild von [TF3000](#) auf [Pixabay](#)

Die Generalkonsulin in Hamburg, Frau Tübinka, fordert übrigens die deutschen Kultusminister auf, dass geflohene Kinder aus der Ukraine in „Integrationsklassen“ nicht mit Flüchtlingen aus „Syrien“ etc. beschult werden, weil das die „ukrainische Identität untergraben würde.“ Die Frau liegt richtig, in deutschen Schulen wird nämlich erfolgreich zur „deutschen Identität“ erzogen. Wie sonst würde jetzt eine so große Mehrheit der Politik folgen, von der die meisten nichts als Schäden haben.

Anstehende Geschichtsrevision

Apropos „Vergangenheitsbewältigung“. Die muss auch umgeschrieben werden. Es hieß ja, es sollte „nie wieder Krieg von deutschem Boden ausgehen“. Aber das war im Grunde ja schon obsolet seit dem Krieg gegen Jugoslawien. Dann gab es die Leitlinie: „keine Waffen in Krisengebiete“. Aus der deutschen „Schuld für Krieg und Völkermord“ erwächst dem Staat eine „gewisse Verantwortung“, das war die Wahrheit dieser Geschichtspolitik. Und jetzt, so die deutsche Außenministerin mit feministischem Anstrich, wird diese Verantwortung im Klartext eingefordert, jetzt heißt es, mit gewaltigen kriegerischen Mitteln „gegen Putin“ vorzugehen.

Das Sehnen nach Frieden - ein Fehler?

Möglicherweise bedenkt das Rufen nach „Frieden“ auf den Massendemos und auch bei vielen linken Gruppierungen nicht, dass die Friedenszeit, nach der „wir“ uns so sehnen, einen Gegensatz von „Krieg und Frieden“ beschwört, der sich bei genauerem Hinsehen als ein ziemlicher „Herrschaftsschwindel“ entpuppt. Das erfährt jetzt jeder am eigenen Leib, dass man sich im Frieden und gleichzeitig in Vorkriegs- oder gar Kriegszeiten - „from behind“ - befindet. Putin spricht von den Waffenlieferanten als Kriegsparteien, die behaupten, (noch) nichts mit Tod und Zerstörung wie in der Ukraine zu tun zu haben.

Und jetzt haben die Warner und Vorbereiter auf „schlechtere Zeiten“ wieder das Wort, die Fratzschers mit ihren Wirtschaftsinstituten und die Finanzpolitiker, die die Kriegsschuldenbedienung wie in jeder Krise den abhängig Beschäftigten aufbürden wollen – mit Wiedereinführung des Solis, Grundsteuererhöhung etc. Maßgebliche Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaftswissenschaft fürchten ein "Albtraum-Szenario" (ndr.de 9.7.) für den Fall des Ausbleibens russischer Gaslieferungen, die die immer wieder gepriesene „gesellschaftliche Solidarität bis an die Grenze und wahrscheinlich darüber hinaus“ (Habeck) belasten würde, bis hin zu einer „sozialen Zerreißprobe“ (Fratscher, DIW). Er fordert - man höre und staune wie sonst üblich keine Lohnzurückhaltung -, sondern „höhere Löhne und eine dauerhafte Anhebung der Sozialleistungen“. Man darf gespannt sein, was deutsche Gewerkschaften jetzt tun, wo der Kanzler sie doch gerade zu „konzertierten Aktion“ geladen hat, wo „Einmalzahlungen“ statt „Lohnerhöhungen“ zur Unterstützung der Wirtschaft thematisiert wurden. Ein Ausdruck der Angst, dass es in Deutschland wie in Frankreich zu „Bewegungen wie die Gelbwesten“ (handelsblatt.com, 10.7.) kommt.

Krieg kostet und die Vorbereitungen, um zur Weltmilitärmacht aufzuschließen, sind auch nicht ohne. Dass es überhaupt zum Krieg gekommen ist, ist doch nicht vom Himmel gefallen, wann denn sonst als im Frieden sollen denn das Tötungs- und Zerstörungsmaterial für den Krieg sowie seine Gründe dafür entstanden sein? Der Frieden ist doch gerade auch hier, „nichts anderes als das Resultat vergangener Kriege und damit des Zugriffs der Siegermächte auf die Kriegsverlierer“. Die immer wieder beschworene europäische Friedensordnung hat der sogenannte freie Westen hervorgebracht, mit seiner wunderbaren Marktwirtschaft, seinem Kapitalismus. Das hat der EU für 70 Jahre ohne Krieg den Friedensnobelpreis eingebracht. Dieser Frieden war gleichbedeutend mit der „Entwicklung der EU zu einer ökonomischen Großmacht unter deutscher Führung“, die von Anfang an unter dem Schuttschirm der Nato stand, also einer der „monströsesten Gewaltmaschinerien“, die es jemals gab. Dieser Frieden fußte schon immer auf der existierenden „Gewaltandrohung der Nato“. Und deren Führungsmacht, die USA, hat nach dem Zweiten Weltkrieg dafür ja etliche Kriege geführt.



Bild von [Gerd Altmann](#) auf [Pixabay](#)

Zum Abschluss noch eine Meldung aus der Süddeutschen Zeitung (27.3.): In Bayern, Berlin, NRW „sollen [Flüchtlinge] Platz machen“ für jetzt bevorrechtigte Ukrainer. Helfer und Hilfsorganisationen protestieren vehement (Informationen darüber regelmäßig beim [Migazin](#)). Bei denen, die „Platz machen“ sollen, handelt sich um Flüchtlinge aus Afrika und Nahost, die seit Jahren einer Arbeit nachgehen, die in dem Ort leben, deren Kinder gerade eingeschult worden sind, die Arzttermine in ihrer Umgebung haben etc. „Rassismus möchte man den Behörden ... nicht unterstellen“, meint die Verfasserin des Artikels aus dem Kreis der „Vierten Gewalt“, die die Sorgen der Politik durchgängig teilt.

Und da ist klar: Flüchtlingsrassismus, nämlich die Sortierung in Wertvolle und Minderwertige, aufzudecken, die Widersprüche, die sich im humanitären Standpunkt der Hilfe offenbaren,

beim Namen zu nennen, Zweifel in die Güte der eigenen Nation zu säen, geschweige denn auf den Tatbestand hinzuweisen, dass "Flüchtlingspolitik als Kriegsbeteiligung" stattfindet, wäre das Letzte, was einem deutschen Journalisten der Mainstream-Presse in den Sinn kommt.



Über den Autor

Frank Bernhardt (*1949) Ausbildung zum Industriekaufmann, anschließend Studium und Abschluss zum VR-Lehrer, dann Junglehrer an einer Hamburger Förderschule mit Abschluss des 2. Staatsexamens, kurz darauf Sonderpädagogisches Aufbaustudium mit Abschluss, 40-jährige Tätigkeit an Förderschulen und mehrjährige im Personalrat VR So sowie im Schul-P, ab 2015 im Ruhestand. Seit 1968 Mitglied in der IG Metall, danach bis dato in der GEW. Veröffentlichungen in der Hamburger Lehrerzeitung (hlz), im Magazin AUSWEGE und im GEWertschaftsMAGAZIN und auf Telepolis.

Kontakt:

Bernhardt@alstersite.de

☛ [Alle bisherigen Text von Frank Bernhardt im GEWertschaftsMAGAZIN](#)